

GEW-Wahlprüfsteine

Antworten der Kandidatin Sabrina Hartmann (SPD, Wahlkreis 10 Göppingen) und des Kandidaten Sascha Binder, MdL (SPD, Wahlkreis 11 Geislingen)

ERSTE FRAGE

Unter welchen Bedingungen können Sie sich die Öffnung der Schulen und Kitas vorstellen und wie stellen Sie sich eine zukunftsfähige Schule vor, die solchen Pandemien und weiteren Herausforderungen gewachsen wäre?

Die SPD hat bereits im Frühjahr 2020 ein Konzept unter dem Titel „Krisenfestes Klassenzimmer“ vorgelegt. In dem Positionspapier beschreiben wir, wie gute Bildung unter Pandemie-Bedingungen funktionieren kann.

<https://www.spd-landtag-bw.de/krisenfestes-klassenzimmer/>

Es ist nicht nachvollziehbar, dass es nach rund einem Jahr Corona-Pandemie noch immer keine, auf das Pandemiegeschehen abgestuften Konzepte gibt. Kultusministerin Eisenmann muss jetzt endlich einen Plan erarbeiten – und zwar gemeinsam mit allen Akteuren – wie Schulen wieder öffnen können. Dies erfordert zum Beispiel einen Wechselunterricht, die Anmietung von zusätzlichen Räumen und Unterstützung durch mehr Personal. Vor allen Dingen dürfen die Schulen bei der Umsetzung nicht allein gelassen werden. Alle am Schulleben Beteiligten – Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern – brauchen Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen für den Schulalltag – und dazu vor allem frühzeitige und eindeutige Informationen. Andreas Stoch hat mit einem Runden Tisch Schule und einem Runden Tisch Kita, den notwendigen Dialog geführt, der eigentlich vom Kultusministerium vorgenommen hätte müssen.

Die gegenwärtige Krise wird zu gravierenden Folgen im Bildungsfortschritt und in der sozialen Entwicklung vieler Kinder und Jugendlichen führen. Wir müssen zunächst die Schüler*innen wieder auf einen gemeinsamen Lernstand bringen und dies durch Schulsozialarbeit flankieren. Wir brauchen eine Strategie für guten Unterricht im Falle von weiteren Infektionswellen, mit denen auch in den nächsten Jahren zu rechnen ist. In jedem Fall ist eine deutlich bessere Ausstattung unserer Schulen notwendig, z.B. auch mit Luftfiltergeräten.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, welchen Nachholbedarf wir beim digitalen Lernen haben. Um Schulen ins digitale Zeitalter zu holen, sind alle Kinder und Lehrer*innen mit entsprechenden Geräten auszustatten. Dies erfordert einheitliche technische Standards wie Breitbandanschlüsse an jeder Schule, WLAN und eine technische Betreuung durch Fachkräfte. Denn Pädagog*innen sollen sich auf den Unterricht konzentrieren können.

ZWEITE FRAGE

Was denken Sie wie der Personalmangel und die mit ihm verbundenen Probleme behoben werden können, und wie die Attraktivität des Lehrer*innenberufes wieder gesteigert werden kann?

Wir müssen mehr Stellen für Lehrer*innen schaffen und mehr Studienplätze. Wir haben in den Doppelhaushaltsverhandlungen 2020/21 220 Plätze für das Lehramt Grundschule gefordert, 260 für das Lehramt Sonderpädagogik. Auch im Landkreis Göppingen ist der Unterrichtsausfall hoch. Um dem entgegenzuwirken und Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, brauchen wir eine höhere Krankheitsreserve und eine bessere Personalplanung. Auch müssen wir die auf dem Markt verfügbaren Gymnasiallehrkräfte zurück in die Schulen

bekommen, um z.B. eine bessere Durchmischung des Lehrkörpers an den Gemeinschaftsschulen und eine stärkere Ausgewogenheit zwischen allen drei Niveaustufen zu erreichen. Dann können auch wieder mehr Grundschullehrkräfte im Grundschulbereich arbeiten. Angestellte Lehrer*innen und Referendar*innen, die übernommen werden, müssen in den Sommerferien bezahlt werden. Außerdem müssen wir Quereinstiege in den Lehrberuf attraktiver machen. Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und weiteren Berufsgruppen unterstützen Lehrer*innen und sind für die gewachsenen Herausforderungen an Schulen unverzichtbar.

DRITTE FRAGE

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für den Beruf der Fachlehrkraft. Was würden Sie jungen Leuten anbieten, damit sie diesen wichtigen Beruf zu ergreifen?

Die in der beruflichen Praxis gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen von Fachlehrkräften für musisch-technische Fächer oder Sonderpädagogik sind für Schulen sehr wichtig. Durch ihre Qualifikationen, die sie außerhalb des schulischen Betriebs gewonnen haben, bereichern sie die pädagogische Vielfalt an den Schulen. Damit der Beruf auch in Zukunft attraktiv ist, brauchen wir eine Angleichung des Gehalts an das von akademischen Lehrkräften und eine Angleichung der Unterrichtsverpflichtung. Letzteres ist in Zeiten des allgemeinen Lehrkräftemangels schwer umzusetzen. Deswegen muss kurzfristig der Schwerpunkt auf einer Verbesserung der Aufstiegschancen liegen, d.h. Verkürzung der Wartezeit, Erhöhung der Anzahl der Aufstiegsstellen, was eine Annäherung an das Gehaltsniveau von akademischen Lehrkräften bedeutet.

VIERTE FRAGE

Wie wollen Sie sich für Verbesserungen der Arbeitsqualität von Erzieher*innen einsetzen und die Attraktivität des Erzieher*innenberufs wieder steigern?

Fünf Punkte sind aus unserer Sicht wichtig:

1. Ausbildungskapazitäten erhöhen:

- Die Kapazitäten der Berufsfachschulen für die Ausbildungen zum bzw. zur staatlich anerkannten Erzieher/-in (4 Jahre) bzw. Kinderpfleger/-in (2 Jahre) müssen ausgebaut werden. Dazu braucht es mehr Fachschullehrkräfte, die durch gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Besoldung gewonnen werden müssen.
- Insbesondere die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA, 3 Jahre) ist sehr beliebt, weil die angehenden Erzieher/-innen von Beginn an eine Vergütung erhalten. Die Ausbildung sollte auch in Teilzeit möglich sein, um weitere Interessenten/-innen zu gewinnen. Auch für Kitas muss es Anreize geben, mehr PiA-Plätze anzubieten. Zum Beispiel sollten Auszubildende nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden, da sie noch keine qualifizierten Fachkräfte sind.

2. Arbeitsbedingungen verbessern:

- Um die Berufsbilder der Erzieher/-in und Kinderpfleger/-in attraktiver zu machen, sollten befristete Arbeitsverhältnisse möglichst vermieden und tarifliche Vereinbarungen auf alle Einrichtungen, egal ob in kommunaler oder kirchlicher bzw. freier Trägerschaft, übertragen werden.

- Die Einführung von Zulagen sollte ebenfalls geprüft werden, um mehr Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, z.B. für Anleiter/-innen von Auszubildenden sowie Leitungen.

3. Studierende gewinnen:

- Es braucht auch mehr Studienplätze an den Hochschulen für Kindheitspädagogen/-innen. In einem ersten Schritt ist eine Erhöhung um 200 Studienplätze sinnvoll, wie von uns in den Doppelhaushaltsverhandlungen 2020/21 gefordert. Ebenso essentiell wie deren Ausbildung ist, dass die Absolvent/-innen dann auch für den frühkindlichen Bereich gewonnen werden.
- Wichtige Schritte sind eine ihrer akademischen Qualifikation entsprechenden Eingruppierung (mind. entsprechend EG 11 TVöD wie z.B. Sozialarbeiter/in) und Funktionen. Bereits die Anleitung im Praxisteil der Ausbildung muss auf diese zukünftigen Aufgaben ausgerichtet sein.
- Mittelfristig sollten im Sinne der Qualitätsentwicklung und angesichts des hohen Personalbedarfs 30 Prozent der Beschäftigten in einer Kindertageseinrichtung eine akademische Ausbildung haben. An den Kosten, die durch die höhere Eingruppierung dieser Stellen entstehen, muss sich das Land beteiligen.

4. Gute Betreuungssituation gewährleisten:

- Die Fachkraft-Kind-Relation ist ein Qualitätsmerkmal und muss auf einem hohen Niveau gehalten werden.
- Zukünftig sollten solche Berechnungen jedoch differenzierter angestellt werden, um ein realistisches Bild davon zu erhalten, wie viel Zeit unmittelbar für die Betreuung der Kinder zur Verfügung steht.
- Mittelbare pädagogische Arbeit der Erzieher/-innen sollte mit rund 25 Prozent der Arbeitszeit berechnet werden, z.B. Elternarbeit, Dokumentation und Fortbildungen.
- Da Auszubildende angeleitet werden müssen, sollten sie in der Fachkraft-Kind-Relation nicht berücksichtigt werden.
- Für nicht pädagogische Arbeiten, z.B. im Bereich Verwaltung und Hauswirtschaft, sollten die Einrichtungen entsprechende Fachkräfte zur Unterstützung einstellen können.

5. Kita-Leitungen unterstützen:

- Es braucht klare, landesweit einheitliche Regelungen zur Leitungszeit, damit Aufgaben der pädagogischen Leitung, des Personalmanagements, der Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Grundschulen, der Organisationsentwicklung und Betriebsführung erledigt werden können, ohne dass dies Einschnitte in der Betreuung der Kinder bedeutet. Dank des Gute-Kita-Gesetzes des Bundes kann in Baden-Württemberg ab 2020 flächendeckend Leitungszeit gewährt werden. Das Land muss diese langfristig finanzieren und ausbauen. Perspektivisch sollte pro Kitagruppe 25 Prozent einer Vollzeitstelle als Leitungszeit deklariert werden.
- Die Eingruppierung von Leitungskräften darf nicht länger von der Anzahl der Kinder in einer Einrichtung abhängen.

FÜNFTE FRAGE

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Kinder mit Förderbedarf wieder sinnvoll ihr Recht auf Inklusion wahrnehmen können?

Wir schlagen die Monetarisierung nicht besetzter pädagogischer Stellen vor. Das bedeutet: Können Lehrerstellen für Sonderpädagogik vorübergehend nicht besetzt werden, sollen die dafür vorgesehenen Finanzmittel in ein Personalbudget für die betroffene Schule fließen. Die Schulleitungen können so kurzfristig auf externe Unterstützungsleistungen für pädagogische und schulische Zwecke zurückgreifen bis die Lehrerstellen besetzt sind. Langfristig schlagen wir neben der Erhöhung der Studienplätze für Sonderpädagogik (siehe zweite Frage) auch einen Stufenplan zum Aufbau von ausreichend Lehrkräftekapazitäten hin zur Inklusion vor. In den nächsten fünf Jahren sollten die vorhandenen Personalressourcen vor allem in Formate der Gruppeninklusion und Außenklassen fließen, sowie an den SBBZ eingesetzt werden.

In fünf bis zehn Jahren muss die pro-Kopf-Zuweisung von Lehrerwochenstunden für Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot je nach vorhandenen Ressourcen schrittweise erhöht werden. Ziel ist dabei das umfassende Zwei-Pädagogen-Prinzip. In zehn bis 15 Jahren soll das Zwei-Pädagogen-Prinzip flächendeckend umgesetzt werden.

Gerade in der Inklusion ist aber auch der Aufbau von multiprofessionellen Teams eine wichtige Unterstützung.

SECHSTE FRAGE

Welche Maßnahmen planen Sie als Vertreter*in Ihrer Partei, um diesen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken? (Finanzschwache Kommunen)

Gute Bildung darf nicht vom Ortsschild abhängig sein. Wir brauchen deshalb ein Modernisierungsprogramm für die Schulen und ausreichende Mittel für die Schulbauförderung.

Wir setzen uns für gebührenfrei Kitas ein. Das entlastet Familien wirksam. Auch hier zeigt sich, dass die Kita-Gebühren je nach Kommune teils sehr unterschiedlich hoch sind. Wir wollen Kommunen unterstützen und die Kosten für die Kitagebühren für einen Umfang von 35 Stunden pro Woche erstatten.

Was die dringende notwendige Digitalisierung im Bildungsbereich angeht, brauchen die Kommunen Unterstützung des Landes, um die digitale Infrastruktur an Schulen professionell betreuen zu können. So könnten sie beispielsweise auch Fachkräfte für die IT einstellen.

SIEBTE FRAGE

Wie stellen Sie sich einerseits die Stabilisierung und andererseits eine sinnvolle und realistische Weiterentwicklung des baden-württembergischen Schulsystems vor?

Schule ist mehr als die reine Vermittlung von Wissen, sie ist ein sozialer Lebensraum. Unser Ziel ist es, die bestehenden Schularten so auszustatten, dass dort guter Unterricht stattfinden kann. Die Heterogenität der Schülerschaft nimmt an allen Schulen zu. Langfristig streben wir daher ein Zwei-Säulen-System an, aus Gymnasien und integrierten Schularten. Entscheidend ist nicht das „Etikett“ der Schule, sondern die Qualität der Bildung. Die Gemeinschaftsschule wollen wir weiter ausbauen und weiterentwickeln.

ACHTE FRAGE

Halten Sie das Verhältnis von Elternwille und Expertenmeinung in unserem Schulsystem für ausgewogen?

Das Verhältnis gestaltet sich von Fall zu Fall sicherlich unterschiedlich. Es ist wichtig, dass Eltern und Lehrer*innen gleichberechtigte Partner sind, wenn es um die Entscheidungen zur Entwicklung der Kinder geht.

NEUNTE FRAGE

Wie wollen Sie die Schule, die Lehrkräfte und vor allem die Kinder gegen diese Entwicklung stärken? (Demokratiebildung)

Als ältester demokratischer Partei in Deutschland mit leidvollen Erfahrungen aus Monarchie und NS-Diktatur ist es der SPD besonders wichtig, die Demokratiebildung an Schulen stärken. Durch die Stärkung und den Ausbau der Schulsozialarbeit, aber auch durch die Einbindung außerschulischer Partner können sinnvolle Projekte umgesetzt werden wie zum Beispiel regelmäßige Demokratiewochen, die außerhalb des regulären Unterrichts stattfinden und zur Förderung des Demokratieverständnisses beitragen.

Wir haben ein Positionspapier mit dem Titel „Demokratie (er)leben – von klein auf“ formuliert, in dem wir in neun Punkten unsere Ideen zur Stärkung junger Demokrat/-innen festgehalten haben. Dazu gehört:

- Die Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren
- Start eines Pilotprojekts „Demokratie-Kitas“ an zunächst 20 Standorten nach Vorbild des gleichnamigen Programms in Schleswig-Holstein. Spielerisch und alters-gemäß sollen die Kleinkinder in der Kita an demokratische Strukturen und Willensbildungsprozesse herangeführt werden.
- Pro Schuljahr soll es künftig an allen Schularten vier „Demokratie-Tage“ geben, die von Schüler/-innen selbst mit Themen gestaltet werden, die sie für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft wichtig finden und mit denen sie sich intensiver beschäftigen wollen.
- Alle Verbindungslehrkräfte müssen mindestens eine Entlastungsstunde für ihre Arbeit erhalten, zu deren Kernaufgaben die Unterstützung der Schülervertretung (SMV) gehört.
- Die Evaluation des Unterrichts durch die Schüler/-innen soll zur Regel werden, statt positive Ausnahme zu bleiben.
- Das Land soll ein Siegel „Demokratie Schule“ vergeben und damit Standorte anspornen, sich dauerhaft und in besonderem Maße für mehr Teilhabe, politische Bildung, Geschichtsbewusstsein, europäische Identität und gesellschaftlichen Zusammenhalt einzusetzen.
- Stärkung des europäischen Jugendaustauschs durch neue Formate, die auch Jugendliche mit geringen Chancen und spezifischen Bedürfnissen erreichen.
- Alle Kinder und Jugendlichen sollten im Laufe ihrer Schulzeit mindestens eine Gedenkstätte besuchen. Das Land sollte bei entsprechender pädagogischer Konzeption auch Fahrten zu Lern- und Gedenkorte zum Nationalsozialismus außerhalb der Landesgrenzen bezuschussen.